

Leserbrief zur Debatte um die Erweiterung der Personenfreizügigkeit:

Wird der Abstimmungskampf um die Bilateralen Verträge mit einer Strategie der Angst geführt?

Angst ist ein negatives Gefühl. Man versucht es unwillkürlich zu vermeiden. Und man verabscheut seine Ursache. Wer Angst auslöst, dem traut keiner über den Weg.

Micheline Calmy-Rey verwendet schon länger Sprachbilder mit sehr unangenehmer Bedeutung: Sie vergleicht die Lage der Schweiz in Europa mit derjenigen eines Badenden, der in seiner Wanne von den (böswilligen) Nachbarn mit Heisswasser übergossen werden könnte. Für den Fall einer Ablehnung der Staatsverträge mit Brüssel stellt sie in Aussicht, dass neue Verhandlungen «mit einem Messer an der Kehle und einem Dolch im Rücken» geführt werden müssten (Tages-Anzeiger 21.3.2005).

Auch Gewerkschaftspräsident Hugo Fasel lässt sich drohend zitieren: «Fürchtet Euch vor dem Nein! ... Wehe uns also, wenn die EU die Retourkutsche fährt!» (Neue Luzerner Zeitung 14.6.2005).

Mit solchen Aussagen wird Angst geschürt und zugleich Schuld zugewiesen. Schuld für die Angst sollen die Nein-Sager tragen, diejenigen, die sich den Vorgaben der Konzern-Wirtschaft und der Propaganda des Bundesrates zur weiteren EU-Politik nicht anschliessen wollen. Ihnen wird bei jeder Gelegenheit unterstellt, sie würden mit der Angst arbeiten.

Tatsächlich haben die Bürger Europas durch den politischen Zentralismus der EU schon viel an Freiheit eingebüsst. Die EU ist keine Republik! Und der - im umstrittenen Verfassungsentwurf vorgeschriebene - Neoliberalismus hat noch nirgends auf der Welt der allgemeinen Bevölkerung Wohlstand gebracht.

Sogar die einstige Hoffnung vieler Menschen auf die EU als Friedensprojekt wird durch deren heutige Militärpolitik zunichte gemacht. Das Verhalten der EU im Jugoslawienkrieg zeigte klar den Wendepunkt.

Und da soll man sich eine weitere Anbindung an die EU nicht kritisch überlegen dürfen? Angst ist dabei sicherlich ein schlechter Ratgeber!

Urs Graf, Zürich